



Hauptausschuss

49. Sitzung (öffentlich)

10. März 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze | 3 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11153 | |
| 2 | Landesstelle Unna-Massen – dokumentieren und in Erinnerung behalten | 4 |
| | Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8126 | |
| | Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11438
Ausschussprotokoll 16/1017 | |

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/8126 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab.

Der Ausschuss lehnt die Nr. I des Entschließungsantrages Drucksache 16/11438 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten ab.

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 3 | Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW | 7 |
| | Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229 | |
| 4 | Informationsangebote als Integrationshilfen für Flüchtlinge | 8 |
| | Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3759 | |
| 5 | Verschiedenes | 12 |

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11153

Der Landtag hat den Gesetzentwurf am 2. März 2016 dem Hauptausschuss zur federführenden Beratung und dem Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann teilt mit, die Fraktionen hätten sich in einer Obleuterunde darauf verständigt, am 2. Juni 2016 ein Expertengespräch durchzuführen.

Werner Jostmeier (CDU) führt aus, auch wenn der konkrete Anlass für den vorgelegten Gesetzentwurf möglicherweise die zum Teil doch heftigen Reaktionen in den Medien und in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von drei Kabinettskollegen im Herbst des vergangenen Jahres gewesen sei, sei die Vorlage des Gesetzentwurfs zu begrüßen; denn zum einen erforderten die zahlreichen in der Vergangenheit entstandenen Verwerfungen, etwa was Amtszeiten und Ruhegehaltszahlungen angehe, eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen. Zum anderen sei diese wegen der Übernahme der differenzierten Regelung des Bundes im Hinblick auf die Karenzzeit von Ministerinnen und Minister nach deren Ausscheiden aus dem Amt notwendig.

Zur Vorbereitung auf das Expertengespräch bittet der Abgeordnete die Landesregierung um eine Übersicht, aus der detailliert hervorgehe, an welchen Stellen und aus welchem Grund die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf von den Empfehlungen abweiche, die Professor Amadeus Wolff in seinem Gutachten gegeben habe.

Minister Rainer Schmelzer (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales) sagt zu, dem Ausschuss eine entsprechende Übersicht vorzulegen.

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann stellt Einvernehmen im Ausschuss darüber fest, am 2. Juni 2016 ein Expertengespräch durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 12. April 2016 jeweils einen Experten/eine Expertin zu benennen.

